

# Bürger für Vorpommern-Rügen und Freie Wähler und Für Rügen

Fraktion im Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen

Kreistagsfraktion BVR/FW/FR \* Hafenstraße 12 \* 18356 Barth

## **Gesundheitspolitik in der Krise: Reformvorschläge von Bundesgesundheitsminister Lauterbach gefährden medizinische Versorgung im Landkreis Vorpommern-Rügen**

Die Fraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler/Für Rügen (BVR/FW/FR) im Kreistag Vorpommern-Rügen erhebt massive Vorwürfe gegen die aktuelle Gesundheitspolitik des Bundes, insbesondere gegen die jüngsten Vorschläge von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach. Die chronische Unterfinanzierung des Gesundheitssystems wird nicht nur fortgesetzt, sondern verschärft sich durch die völlig realitätsfernen Pläne der Bundesregierung. Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum, besonders im Landkreis Vorpommern-Rügen, wird dadurch existenziell bedroht.

„Die Gesundheitspolitik des Bundes ist nicht nur ein Desaster, sie steuert direkt auf den völligen Zusammenbruch der Versorgung in der Fläche zu.“ so der Vorsitzende der Fraktion BVR/FW/FR, Mathias Löttge. „Unsere Region steht vor einer gesundheitspolitischen Katastrophe, wenn diese Vorschläge umgesetzt werden. Krankenhäuser im ländlichen Raum – darunter auch im Landkreis Vorpommern-Rügen – werden zunehmend an den Rand der Existenz gedrängt. Die Gesundheitsversorgung für die Menschen vor Ort, aber auch für die vielen Touristen, die jedes Jahr hierher kommen, ist akut gefährdet.“

Besonders kritisiert die Fraktion, dass die spezifischen Bedürfnisse von Regionen wie Vorpommern-Rügen vollkommen ignoriert werden. „Unser Landkreis hat als Tourismusdestination eine besondere Aufgabenstellung. Doch anstatt unsere Krankenhäuser und Gesundheitsinfrastruktur zu stärken, sorgt die Politik aus Berlin dafür, dass genau diese lebensnotwendigen Einrichtungen schließen müssen. Was das für die Menschen hier bedeutet, scheint völlig außer Acht gelassen zu werden,“ so Löttge weiter.

Dr. Carmen Kannengiesser, Kreistagsmitglied und Mitglied des Gesundheits- und Sozialausschusses des Kreistages Vorpommern-Rügen, geht noch einen Schritt weiter: „Es wird viel von Reformen gesprochen, aber die Realität sieht anders aus. Fakt ist, dass die Gesundheitspolitik des Bundes nicht nur versagt, sondern aktiv die Zerstörung unserer Krankenhauslandschaft vorantreibt. Besonders im ländlichen Raum wird die Versorgungssicherheit systematisch untergraben. Das ist unverantwortlich und grenzt an politisches Versagen.“

# Bürger für Vorpommern-Rügen und Freie Wähler und Für Rügen

Fraktion im Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen

Kreistagsfraktion BVR/FW/FR \* Hafenstraße 12 \* 18356 Barth

Auch die Untätigkeit der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern wird scharf kritisiert. „Wo bleibt das Engagement der Landesregierung, wenn es um die Gesundheitsversorgung ihrer eigenen Bürger geht? Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere Vorpommern-Rügen werden von der Bundesregierung im Stich gelassen, und die Landesregierung schaut einfach zu,“ so Kannengiesser. „Es kann nicht sein, dass wir im ländlichen Raum auf unsere Krankenhäuser verzichten sollen, während in Ballungszentren weiter großzügig investiert wird. Hier müssen sofort Gegenmaßnahmen ergriffen werden.“

Löttge ergänzt: „Die Zeit der schönen Worte ist vorbei. Wir brauchen jetzt sofortige Taten. Es reicht nicht, immer wieder auf eine Reform zu hoffen, die ohnehin nie kommt. Was wir erleben, ist die schleichende Zerstörung unserer Krankenhäuser. Wir fordern die Landesregierung auf, endlich Verantwortung zu übernehmen und sich mit Nachdruck auf Bundesebene für eine solide Finanzierung und eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung einzusetzen. Die Menschen im Landkreis Vorpommern-Rügen haben ein Recht auf medizinische Versorgung – sowohl für den Alltag als auch für die touristische Hochsaison, in der wir Hunderttausende zusätzliche Menschen versorgen müssen.“

Die Fraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler/Für Rügen fordert ein sofortiges Umdenken und Maßnahmen, die den Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung gerecht werden. Die dauerhafte Unterfinanzierung des Gesundheitssystems muss beendet werden, bevor es zu spät ist.

gez.

Mathias Löttge

Fraktionsvorsitzender

gez.

Brunhild Steinmüller

Fraktionsgeschäftsführerin